

Post Privatisierungen und was dahinter steckt

Privatisierungen werden damit begründet, daß Privatwirtschaft und Wettbewerb effizienter werden. Doch die wahren Gründe für diese sogenannten Privatisierungen sind andere. Am Beispiel der Post und der Postbank werden die Hintergründe aufgezeigt.

Von Hermann Patzak

Die Deutschen enteignen, ohne daß sie es merken

Auch die Deutsche Post gehört nicht mehr den Deutschen. Sie wird [amerikanisch](#). Der Fonds Capital Research and Management Company aus Los Angeles hat seinen Aktienanteil über die Meldeschwelle erhöht und liegt jetzt bei 3,015 Prozent der Stimmrechte.

In der Post verfolgte man diese Entwicklung mit Genugtuung und als Bestätigung der neuen Kapitalmarktstrategie. „Wir werten das Engagement von Capital als Vertrauensbeweis“, sagte ein Postsprecher auf Anfrage. Ex-Vorstandschef Klaus Zumwinkel hatte bei früherer Gelegenheit auch Finanzinvestoren als Anleger willkommen geheißen.

Solange die staatliche KfW-Bank mit über 50% an der Post Eigentümer war, haben ausländische Fonds sich an der Post nicht beteiligt. Kapital einbringen, ohne das Sagen zu haben, das wäre für diese Spezies von Kapitalisten einfach zu wenig. Seit diese Schwelle aber unterschritten wurde, beteiligen sich die US-Fonds an der Post. Es geht ihnen also offenkundig nicht um die Rendite. Sie wollen das Eigentum, sie wollen herrschen. Es begann damals mit einem Ring-Tausch: Die Deutsche Post erwarb in USA den Paketdienst Airborne im Jahr 2003.

Inzwischen liegt der KfW-Anteil an dem früheren Staatskonzern nur noch bei 30,5 Prozent. Große institutionelle Investoren halten 63,5 Prozent, die übrigen 6 Prozent liegen bei privaten Kleinanlegern.

Bezogen auf das an der Börse frei gehandelte Post-Kapital kommen amerikanische Investoren auf mehr als 40 Prozent der Anteile; weitere rund 20 Prozent gehören britischen Fonds. Deutsche institutionelle und private Investoren kommen nach diesen Angaben auf rund ein Fünftel (20%) der frei handelbaren Aktien. Wenn die KfW-Bank im Auftrag der Deutschen Regierung ihre Restbeteiligung verkauft, wird die Post mehrheitlich den Anglo-Amerikanern gehören. Die Deutsche Regierung will das so.

Doch momentan hat der Verkauf der Postbank den Vorrang.

Die Postbank verkaufen – warum eigentlich?

Wieder einmal verkaufen deutsche Politiker deutsches Produktivvermögen.

Warum, so lautet die erste Frage?

Aus ideologischen Gründen. Denn nach den Vorgaben des Liberalkapitalismus ist es dem Staat untersagt, als Produzent von Gütern und Dienstleistungen aufzutreten. Private Anbieter, die untereinander in Wettbewerb stehen, sollen das besser können. So behaupten das jedenfalls die neoliberalen Eiferer. Der wahre Grund ist aber ein anderer: Privatkapitalisten gieren nach den Gewinnquellen im Besitz des Staates. An seiner Stelle wollen sie die Gewinne einschieben. Im Falle der Postbank - Veräußerung kommt noch ein weiterer Grund hinzu: Die Verluste des Bundes bei der privaten Industriekreditbank IKB, an der die bundesdeutsche KfW (Kreditanstalt für den Wiederaufbau) mit 38% beteiligt ist, müssen irgendwie finanziert werden. Sie akkumulieren sich momentan auf rund 6 Mrd. Euro. Es können aber noch mehr werden. Bezahlen muß man aus dem laufenden Haus-

halt, also mit den Steuern, die von den kleinen Leute aufgebracht werden oder eben durch den Verkauf von staatlichem Produktivvermögen. Die geballte Unfähigkeit der bundesrepublikanischen Parteipolitiker hat das Volk zu tragen. Hätten sie ihre Pflichten bei der Bankaufsicht wahrgenommen – dazu fehlte ihnen die Fachkompetenz – nie hätten sich die deutschen Banken im Filz der US-Hypothekenspekulation und den Kreditschöpfungspraktiken (Fristentransformationsgeschäft) derart verstricken können.

Man kann die Vorgänge auch ganz einfach beschreiben: Die bundesdeutschen Politiker müssen „Tafelsilber“ verscherbeln, das ihnen nicht einmal selber gehört – sondern dem Volk – um die Schäden zu bezahlen, die eigentlich sie selbst zu vertreten haben!

Eine zweite Frage ist genau so brisant wie die erste. An wen verkauft der Deutsche Staat die Postbank?

Die großen ausländischen Banken sind schon auf dem Sprung: die niederländische ING Bank, die britischen Finanzinstitute HSBC und Royal Bank of Scotland sowie die französische Bank BNP Paribas. Selbst wenn die Deutsche Bank oder die Commerzbank den Zuschlag bekommen sollten – das Gezeter und die Strafen der EU-Kommission wären vorprogrammiert – dann machte das kaum einen Unterschied aus, denn beide Banken sind mehrheitlich in ausländischem Eigentum. Im Jahr 2005 war die Deutsche Bank bereits mit 51% und die Commerzbank mit 52% in Händen ausländischer Eigentümer (FAZ vom 29.11.2005). In den zwei Jahren danach haben diese ihre Anteile noch einmal erheblich aufgestockt. Im Jahr 2005 betrug der ausländische Besitz an den DAX-Unternehmen noch 43,8 Prozent, bis Dezember war er auf 52,6 Prozent gestiegen, berichtete die Online-Ausgabe der Tageszeitung „Die Welt“ am 17.12.07. Beide Banken dürften heute also mit weit über 60% im Eigentum ausländischer Investoren sein.

Die Postbank ist mit rund 50% im Eigentum der Post, an der die Bundesrepublik wiederum mit rund 30% (über die KfW) noch beteiligt ist. Jetzt verkaufen die bundesdeutschen Politiker kraft ihrer Verfügungsgewalt die Postbank an die internationalen Kapitalspekulanten, deren wohlverdienter Zusammenbruch in der letzten Finanzmarktkrise durch die Notenbanken der Westlichen Wertegemeinschaft verhindert wurde. Welche Einkommensquelle dem deutschen Staat damit verloren geht, sollen die nächsten Zahlen deutlich machen:

In den letzten beiden Jahren (2005-2007) hat die Postbank ihren Gewinn von 719 Mio. auf 1004 Mio. Euro gesteigert, das sind knapp 40%. Die Eigenkapitalrendite betrug zuletzt 19,3%! Welcher Eigentümer gibt solch eine Geldquelle freiwillig her? Es ist die Deutsche Regierung. Leider! Der Gewinn wird in Zukunft nicht mehr dem deutschen Staat zufließen, sondern zum größten Teil ausländischen Kapitalanlegern. Um den Gewinnausfall auszugleichen, muß der Staat entweder die Steuern erhöhen oder seine Ausgaben kürzen. Egal wie, es wird wieder die kleinen Leute unverhältnismäßig hart treffen.

Die deutschen Politiker wollen das anscheinend so. Seit Jahren verkaufen sie deutsches Produktiveigentum und Immobilien, um sich selbst über Wasser zu halten. Das Staatsvermögen ist ihnen zur Verwaltung anvertraut, nicht aber zum Verkauf.

In einer Demokratie könnte das Volk dem Treiben mit jeder Wahl ein Ende setzen. Den Menschen müßte nur bewußt sein, welches Spiel hier getrieben wird. Und es müßte erfolgversprechende Alternativen zu den verknöcherten Parteien geben, die den Wettbewerb ständig predigen, selbst aber das Monopol- und Oligopol-Dasein genießen.